

Lasten gerechter verteilen

Der Mittelstand als Lastesel der Nation

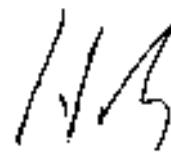
Allein den Mittelstand kostet es 56 Milliarden DM im Jahr, um die ihm vom Staat auferlegte bürokratische Belastung zu bewältigen. So das Ergebnis einer vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen Studie. Der nahezu undurchschaubar gewordene staatliche Regelungsdschungel verursacht dem Handwerk pro Arbeitsplatz und Jahr Kosten in Höhe von 6840 DM, das ist zwanzigmal mehr als in der Groß-

industrie. Damit stranguliert man genau diejenigen, auf denen die Hoffnungen für mehr Beschäftigung ruhen und die – anders als die gutes Geld verdienenden international tätigen Konzerne – nicht ins Ausland ausweichen können. Die Politiker, die den Mittelstand stets so gerne als tragende Säule unserer Wirtschaft im Mund führen, müssen sich hier schnellstens etwas einfallen lassen. Es kann doch nicht sein, daß die einen Arbeitsplätze und Lehrstellen zur Verfügung stellen, während die anderen die Solidargemeinschaft nur dort einhalten, wo sie sie benötigen und ansonsten nur die Gewinnmaximierung für ihre Aktionäre im Auge haben.

Während die Großindustrie Kosten und Steuern global ausweichen kann, Subventionen einheimst und auf Kosten der Sozialkassen Massentlassungen vornimmt, sind die mittelständischen Unternehmen, wozu ja auch das Handwerk gehört, an den Standort Deutschland gebunden. Sie bekommen damit die volle Wucht der wachsenden Haushaltsdefizite zu spüren; im Durchschnitt liegt ihre Steuerquote auf Gewinn erheblich über der von Großunternehmen. Der eigentliche Subventionierer des Staates ist also der Mittelstand. Es bedarf einer gewaltigen Kraftanstrengung, hier eine Wende herbeizuführen. Dabei ist es jedoch auf keinen Fall damit getan, die steuerliche Belastung gleichmäßiger als bisher zu verteilen oder ein bißchen an den Lohnzusatzkosten zu drehen, so wichtig und notwendig die Entlastung des Faktors Arbeit gerade für den Mittelstand sein mag. Hinzu kommen muß, daß der Staat

seinen Regulierungsanspruch drastisch verringert: Auflagen, Meldepflichten, Genehmigungsverfahren etc. – dies alles schnürt in Deutschland gerade den Mittelstand über Gebühr ein. Und in zu vielen Amtsstuben sitzen Bremser, die bei der Auslegung von Recht und Gesetz so akribisch vorgehen, daß manchem mittelständischen Unternehmen vorzeitig die Lust vergeht.

Angesichts der sich auftürmenden Problemberge kaum mehr zu ertragen ist für den Bürger jene penetrante Mischung aus provozierendem Optimismus und quälender Zögerlichkeit, die diverse Bonner Entscheidungsträger bislang an den Tag legen. Statt äußerster Kraftanstrengungen, die zweifellos vonnöten sind, wird auf Nebenkriegsschauplätzen atemlose Geschäftigkeit vorgetäuscht. Der Staat sollte endlich das tun, was seine ministrablen Diener gerade dem Mittelstand so oft und gerne versprechen: Konsequenz sparen, Lasten gerechter verteilen, überflüssige Gesetze und Verordnungen abbauen, die die Bürokratie zu einer kaum noch kontrollierbaren Krake anwachsen ließen. Denn mit opportunistischen Sonntagsreden wird der entsetzte Wähler in diesem Jahr nicht mehr zufriedenzustellen sein.



*Helmut Mahr
Hauptgeschäftsführer des FV SHK Bayern*

